



Rede Edita Vokral  
Vizedirektorin DEZA, Chefin Regionale Zusammenarbeit

**„Rückblick und Ausblick : die Sicht der Schweiz“**

Alliance Sud ; MDG-Tagung vom 22. Juni 2010

Ich wurde gebeten, eine kurze Bilanz von zehn Jahren MDGs zu ziehen. Ich möchte mich in meinen Ausführungen hauptsächlich auf die Perspektive der DEZA konzentrieren; dennoch ist es wohl nützlich, kurz den allgemeinen Rahmen abzustecken.

Ich werde dann auf die Bedeutung der MDGs für die Schweiz eingehen, sowie kurz auf die der Kohärenz. Anhand von zwei Beispielen - MDG 3 (Förderung der Gleichstellung der Geschlechter) und MDG 8 (Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft) - werde ich aufzeigen, wie die DEZA die MDG aufgegriffen hat. Ich werde zum Schluss einige Worte über Herausforderungen sagen.

Wir sind uns wohl Alle einig, dass die MDGs grundsätzlich positive Prozesse ausgelöst haben. Ich nenne hier ein paar, die mir besonders wichtig erscheinen:

- Die Sensibilisierung für das Ausmass der extremen Armut und die Wichtigkeit der Armutsbekämpfung
- Die Anerkennung einer globalen gemeinsamen Verantwortung im Rahmen der UN, die den MDGs eine hohe Legitimität erteilt
- Die Erhöhung der Beiträge der Geberländer für Entwicklungshilfe
- Die Anerkennung einer nötigen Steigerung der Wirksamkeit der EZA zur Förderung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung
- Die einfache, verständliche und dementsprechend klar kommunizierbare Sprache und Zielformulierung

Die MDGs waren als globale Vereinbarung und Stossrichtung nützlich und sind es noch. Allerdings kann man mittlerweile auch deren Grenzen erkennen:

- Die MDGs konzentrieren sich fast ausschliesslich auf die EZA und stellen diese dar als das eigentliche Mittel, um die Ziele zu erreichen. Die Zahl der Armen hat sich aber vor allem in Ländern reduziert, in denen EZA einen eher marginalen Einfluss hat: Indien, China, Brasilien. Wir sollten die EZA viel mehr in den breiteren Kontext der „finance for development“ stellen.
- Die MDGs priorisieren kurzfristige Verbesserungen. Fragen der Nachhaltigkeit und Verbesserungen der Rahmenbedingungen, gerade wenn es um Menschenrechte und Gouvernanz geht, werden eigentlich kaum angesprochen.
- Allgemein konzentrieren sich die MDGs auf Symptombekämpfung; die Ursachen werden nicht thematisiert und angegangen. Das Bedürfnis einer entwicklungspolitischen Kohärenz wird ebenso wenig thematisiert.

Fazit ist: die MDGs setzen wichtige Ziele und bieten nach wie vor einen nützlichen Referenzrahmen. Wir sollten aber dabei die nötigen Bedingungen zu deren Umsetzung im Auge behalten, wollen wir einen nachhaltigen Beitrag leisten, also zum Beispiel: es gibt Machtverhältnisse und Anreizsysteme, die entwicklungsfördernd sind; andere replizieren nur Armut.

**Bedeutung der MDGs für die Schweiz:** Artikel 54 Absatz 2 der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft lautet: „Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Dies deckt sich recht genau mit den Zielsetzungen der MDGs.

Seit der Proklamation der Millenniumserklärung im Jahr 2000 ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz von 0,34% des Bruttonationaleinkommens (2009) auf 0,47%, oder 2'482 Mio. CHF (2009) gestiegen. Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit sind seither auf weniger Länder fokussiert und stärker auf die MDGs ausgerichtet worden. Projekte und Programme werden heute Wirkungsorientierter umgesetzt.

Entwicklungszusammenarbeit ist nur einer der Ausseneinflüsse auf ein Entwicklungsland - und in den meisten Fällen nicht der Wichtigste. Alle Aussenbeziehungen eines Landes wie der Schweiz haben Einfluss auf die Qualität der globalen nachhaltigen Entwicklung (sozial, ökonomisch, ökologisch). Möglichst *kohärente Beziehungen* zwischen der Schweiz und Entwicklungsländern erleichtern die Erreichung der MDGs. Zur Steigerung der Wirksamkeit und damit des Wertes jedes verpflichteten Entwicklungs-Franks strebt die Schweiz deshalb ein möglichst kohärentes aussenpolitisches Handeln an. Hierzu baut die Schweiz unter anderem auf etablierte Gremien und Mechanismen wie das Interdepartementale Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit (IKEZ) oder den Interdepartementalen Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE).

**Die MDGs aus der Perspektive der DEZA:** Während der vergangenen zehn Jahre ist ein grösserer Teil des DEZA Beitrags zur Entwicklung in südlichen Ländern auf Armutsreduktion ausgerichtet worden. Dabei wurde je nach Kategorie von Land (instabil wie Niger, stabil wie Tansania, rohstoffreich wie die RDC, rohstoffarm wie Burkina Faso, etc.) der bestmögliche Mix von Instrumenten für die Umsetzung angewendet. Die DEZA konzentriert sich bilateral auf 12 (LDC-) Schwerpunktländer und 6 Sonderprogramme in fragilen Regionen.

Durch ihre bilaterale Hilfe in den ärmsten Ländern stärkt die Schweiz - oftmals in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen - die Vermittlung von Wissen um den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, den verbesserten Zugang zu Krediten und dürreresistentem Saatgut, und den Aufbau lokaler Lebensmittelmärkte. So haben Mais- und Bohnenprogramme in Ostafrika für mehr als 500'000 Bauernfamilien mehr Nahrung und Einkommen gebracht. So entstanden in Bolivien die weltweit grössten nationalen Genbanken für Kartoffeln und Quinoa mit je über 2'500 Sorten. Und so konnte in der Demokratischen Volksrepublik Korea dank integrierter Schädlingsbekämpfung der jährliche Ertrag des Kohlanbaus um nahezu 40 Prozent gesteigert werden, was dem Verbrauch von 1.7 Millionen Personen entspricht.

In den vergangenen Jahren floss rund ein Viertel der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz (0,11% des BNE) an die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Darin sind die Beiträge der Schweiz an multilaterale Organisationen enthalten, welche den LDCs zu gute kommen.

**MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen:** Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung sind Frauen. Wer in der Entwicklungszusammenarbeit arbeitet, sieht, dass die Diskriminierung von Frauen die weltweit am meisten verbreitete Form der Ausgrenzung darstellt und dass ungleiche Macht zwischen Männern und Frauen, insbesondere die ungleiche Beteiligung am wirtschaftlichen Leben und politischen Entscheidungen, ein Hauptgrund für Armut sowie für soziale und politische Instabilität sind. 70% der Ärmsten sind Frauen, unter anderem weil nach wie vor sie es sind, die unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit leisten. Daher achtet die DEZA wie andere Geber darauf, dass alle Interventionen auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen hin überprüft werden (Gender Mainstreaming). Die DEZA unterstützt institutionelle Prozesse, in welchen Frauen und Männer gleichberechtigt ihre Bedürfnisse äussern, an Entscheidungen teilhaben und ihre Möglichkeiten erweitern können.

Dies allein schafft nicht automatisch mehr Gendergleichstellung, ebenso wenig wie Wirtschaftswachstum automatisch zu Empowerment von Frauen führt. Die Situation der Frauen gilt als Seismograph für Entwicklung und Sicherheit, auch wenn mehr Frauen Einkommen erwirtschaften. Denn arme Frauen sind in der Regel am stärksten von Naturkatastrophen, Preisschwankungen oder Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen betroffen. Auch leisten Frauen besonders in Krisen viel unbezahlte Mehrarbeit.

Lassen Sie mich hier ein Beispiel nennen, das aufzeigt, wie die DEZA diese Problematik aufgreift: in Bangladesch unterstützen wir ein Programm zur Schaffung von Einkommen und zur Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten. Es zielt darauf ab, Armut durch die nachhaltige Nutzung lokaler Ressourcen zu reduzieren. Über eine Genderstrategie werden bestehende Ungleichheiten zwischen Mann und Frau analysiert und die Frauen ermutigt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Das Programm hat nachweislich einen Einfluss auf die Gleichstellung der Geschlechter: 63% der Frauen konnten ihre Stellung in der Familie verbessern, 30% die Position in der Gemeinde. 93% der am Programm beteiligten Gruppen arbeiten aktiv an der Reduktion der Genderdiskriminierung, insbesondere in den Bereichen der Mitgift und der Zwangsheirat. Dem Programm gelang es, viele Frauen ins Erwerbsleben zu integrieren und ihnen ein Einkommen zu verschaffen.

Dennoch, gerade weil der Kontext von ungleichen Machtverhältnissen geprägt ist, ist es wichtig, dass die DEZA diese Prozesse sorgfältig beobachtet und regelmässig durch Erhebungen dokumentiert.

**MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft:** Eine nachhaltige Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele wird nur gelingen, wenn eine echte weltweite Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufgebaut werden kann. Diese Partnerschaft beruht auf Gegenseitigkeit, verpflichtet also auch die Regierungen in armen Ländern das Ihrige zu tun. MDG 8 nimmt Industrieländer in die Verantwortung, entwicklungsförderliche internationale Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklungsländer beim Erreichen der anderen sieben Ziele zu unterstützen. Die DEZA setzt sich in diesem Zusammenhang für eine breite Partizipation aller Akteure im Entwicklungsprozess ein; für einen „multistakeholder“ Ansatz, der den Parlamenten, den Lokalregierungen und der Zivilgesellschaft eine Stimme gibt.

**Schwierigkeiten auf dem Weg zu den MDGs:** Die weltweite *Finanz- und Wirtschaftskrise* traf fast alle Entwicklungsländer hart. Ihre negativen Auswirkungen könnten die Erfolge der letzten Jahre in der Armutsbekämpfung zunichte machen und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele verlangsamen.

Die Erreichung der meisten MDGs hängt stark ab von den *richtigen Politiken und deren Durchsetzung im Entwicklungsland*. Das schwierige Erreichen der MDGs macht uns wiederum bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit dort Wirkung zeigt, wo die Institutionen im Partnerland – sei es die Regierung, das Parlament, die Justiz, oder der

Privatsektor sowie die Zivilgesellschaft - ihre volle Verantwortung wahrnehmen und mit eigenen Steuereinnahmen oder privaten Ersparnissen in ihre Entwicklung investieren.

Die MDGs sind ein erstmaliger Versuch der Staatengemeinschaft, sich globale Ziele zu setzen und diese zu erreichen. Es ist nur logisch, dass dabei *Interessenskonflikte* sichtbar werden. Entwicklungshilfe in manchen Ländern wird noch immer stark für politische und wirtschaftliche Eigeninteressen der Industrieländer instrumentalisiert.

Die Schweiz ist ziemlich weit davon entfernt, die *UNO-Zielvorgabe von 0.7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe* einsetzen zu können. Die gegenwärtigen 0.47% sind aus Sicht des Bundesrates zwar vertretbar, es ist aber deutlich weniger als vergleichbar globalisierte und vergleichbar wohlhabende europäische Länder wie Norwegen (1,05%), Luxemburg (1,01%), Dänemark (0,88%), Schweden (1.12%), oder die Niederlande (0.82%) bereitstellen. Die Schweiz ist überdurchschnittlich in die globale Wirtschaft integriert. Dies bringt die Verpflichtung, sich an der Lösung der grossen Probleme der Welt, wie Armut, Konsequenzen des Klimawandels, hohe Nahrungsmittelpreise, unkontrollierte Migration, mit einem fairen Schweizer Anteil zu beteiligen.

**Zum Schluss: Ausblick auf 2011-2015:** Die MDGs haben in den vergangenen zehn Jahren weltweit beachtliche politische und finanzielle Unterstützung für die Armutsreduktion mobilisiert und sie sollten zwischen 2011-2015 unverändert mit Energie angestrebt werden. Die Schweiz wird ihren Anteil an der internationalen Zusammenarbeit auch in den anstehenden fünf Jahren mindestens beibehalten oder erhöhen. Die gegenwärtige Neuausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zielt auf einen fokussierteren Einsatz der Mittel auf die Erreichung der MDGs, auf grössere Wirksamkeit und bessere Messung der Resultate. Die DEZA hat im Rahmen des IKEZ bereits gewisse Massnahmen ergriffen um IKEZ verwaltungsintern zu stärken und damit die Kohärenz für Entwicklung der Schweiz zu erhöhen.

Am UN-Gipfel zu den MDGs im September 2010 wird die DEZA besonders für folgende Anliegen eintreten:

- Armutsorientierte Entwicklungshilfeleistungen in fragilen Ländern
- Förderung der „rule of law“
- Gegenseitige Rechenschaftsablegung, also „mutual accountability“
- Einbezug des privaten Sektors

Voraussetzungen für *jede* Entwicklung sind menschliche Sicherheit (Reduktion der Zahl der Konflikte), eine wachsende Wirtschaft (nachhaltig produktiv), ein funktionaler Staat (effizient, nachhaltig finanziert) und eine anpassungsfähige Gesellschaft (Bereitschaft zum Wandel). Voraussetzung für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ist ein Low-CO<sub>2</sub> (Kohlenstoffdioxid)-Entwicklungsweg für alle, der das Ökosystem nicht zerstört. Voraussetzung für eine sozial nachhaltige Entwicklung ist das Hinarbeiten auf eine globale Einhaltung der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, sowie die Umsetzung der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen, also CEDAW.

In den anstehenden fünf Jahren - und über 2015 hinaus - sollte die internationale Gemeinschaft offener und direkter über die Ursachen stagnierender oder langsamer Entwicklung sprechen. Die Diskussion um die Nachfolge der MDGs nach 2015 sollte globalen Themen und Menschenrechten grösseres Gewicht beimessen, aber auch Elemente eines nachhaltigen globalen Entwicklungsprozesses integrieren, die bis anhin im Kontext der MDGs eher vernachlässigt wurden, wie: Einkommen und Produktivität, globale Wasserressourcen und -verteilung, die globale Nahrungsmittelproduktion.

Es ist auch zu erwähnen, dass seit einigen Jahren eine Verschiebung der globalen wirtschaftlichen Gleichgewichte stattfindet, zugunsten der BRICs und allgemein der Schwellenländer, gerade im Südostasiatischen Raum. Die gegenwärtigen und aufkommenden Herausforderungen - sei es im Hinblick auf Armut oder Klimawandel, um nur

diese zwei zu nennen - müssen auch von diesen neuen Schlüsselakteuren geschultert werden, wollen wir in Zukunft global Fortschritte erzielen.

All dies kann bei einer künftigen Diskussion um die Neuformulierung der MDGs 2015 mitberücksichtigt werden. Die Messbarkeit des gemachten Fortschritts durch Indikatoren wird dabei wichtig bleiben. Indikatoren zeigen alle fünf oder zehn Jahre den einflussreichen Staaten sowie Regierungen und Interessengruppen, in welchem Zustand die Menschheit und der Planet sich befinden. Dadurch erhöhen die MDGs und deren Nachfolger auch nach 2015 in den Köpfen der Menschen die Reichweite ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung.